

P R O F I L

Mitgliedsblatt der CDU Halle - Nr. 59 – 10. August 2008

Termine / Bitte vormerken!

Die Nominierung des CDU-Bundestagsdirektkandidaten für den Wahlkreis Halle findet am 20. September 2008, um 15.00 Uhr, im Restaurant „Palais S.“ statt.

Die Wahl der Vertreter für die Aufstellung der Landeslisten für die Europa- und Bundestagswahl und die Verabschiedung des Entwurfes des Kommunalwahlprogramms der CDU Halle erfolgt auf einem Parteitag am 17. Januar 2009.

Der Parteitag zur Aufstellung der CDU-Kandidatenlisten für den Stadtrat von Halle (Saale) folgt dann am 7. März 2009.

Mit Kommunalpolitikerinnen im Gespräch

Die nächste Mitgliederversammlung der Frauen Union Halle/Saal(e)kreis findet am 16.09.2009, um 17.00 Uhr, in der CDU-Kreisgeschäftsstelle statt. Dabei ist geplant, dass sich die CDU-Stadträtinnen Dr. Annegret Bergner und Isa Weiß den Fragen der Interessierten stellen. Im Blickpunkt stehen dabei Reiz und Anspruch für eine Kandidatur in der Kommunalpolitik.

Impressum

PROFIL – Mitgliedsblatt der
CDU Halle
Hrsg. CDU-Kreisverband Halle
Ulestraße 8 • 06114 Halle
Tel. 3889540/ Fax 3889541
CDUProfil@aol.com
Redaktion: Marco Tullner

Die Idee mit der Bürgerwehr

von Stefan Schulz

Sicherlich haben Sie es in der Presse und als geneigter Zuschauer des ZDF schon mitbekommen. Es wird in Halle wieder über eine Bürgerwehr zur Eindämmung des offen zutage tretenden Graffitiproblems diskutiert. In die Öffentlichkeit wurde dieses Thema von der Jungen Union Halle gezogen. Ich als Kreisvorsitzender stehe dafür natürlich mit meinem Namen und meiner Person. Daher möchte ich mich an dieser Stelle etwas ausführlicher zu diesem Thema äußern als es die Medien übersetzen können.

Neu ist die Idee der Bürgerwehr nicht. Schon im Jahr 2000 hat es den Versuch der CDU-Fraktion gegeben, angesichts der Graffitiflut, eine freiwillige Bürgerwehr einzurichten. Damals gab es keine Mehrheit und der Vorschlag wurde von links niedergestimmt, denn schließlich sei Graffiti ja Kunst und die Jugendlichen, welche dies meist nächtens an die Häuserwände bringen, seien doch bloß gelangweilt und wöllten sich lediglich alternativ ausleben. An Hausbesitzer wurde nicht gedacht. Leider hat sich daran bis heute nichts geändert. Auch in der Verwaltung hat sich die Ansicht noch nicht durchgesetzt, dass es sich bei illegal angebrachten Graffiti nicht um Kunst, sondern um Sachbeschädigung und bei den Sprüherinnen nicht um Künstler, sondern um Straftäter handelt. Da es nun auch mittels einer Studie der Universität nachgewiesen wurde, dass Halle die Graffitihauptstadt in den neuen Bundesländern, wenn nicht sogar Deutschlands, ist und die Stadtverwaltung dennoch nicht aufhört, die Graffitiszene finanziell und mit Veranstaltungsangeboten zu unterstützen, hat die Junge Union das Thema wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Wie soll die Bürgerwehr funktionieren? Einfach wird es nicht, denn schließlich können nicht einfach Bürger unkontrolliert durch die Straßen gehen und Hilfspolizei spielen. Das ist auch rechtlich gar nicht möglich. Die Bürgerwehr muss administrativ, also von der Stadtverwaltung aus, organisiert werden und dazu braucht es den politischen Willen dies zu tun. Wir setzen ihn mal voraus und denken weiter. Zunächst muss eine Stabstelle Bürgerwehr in der Verwaltung gebildet werden. Bei Personalüberhängen in vielen Bereichen der Stadt dürften sich leicht drei bis vier motivierte Mitarbeiter völlig kostenneutral finden. Diese Mitarbeiter arbeiten zunächst, mit der Rechtsabteilung und natürlich mit den zuständigen Ausschüssen des Stadtrates, eine Satzung aus, welche dann vom Stadtrat beschlossen wird, denn schließlich muss unsere Bürgerwehr auf rechtlich sicheren Füßen stehen. Dann beginnt die Stabstelle mit der Freiwilligenwerbung in Presse, Amtsblatt und lokalem Fernsehen. Ich bin mir sicher, dass sich alsbald viele Bürger melden würden, welche das Verschmieren unserer Stadt satt haben und selber tätig werden wollen. Nun müssen die Bewerber natürlich ausgesucht werden, denn selbstverständlich kann nicht jeder geeignet sein. Die Freiwilligen dürfen nicht vorbestraft, psychisch und körperlich stabil und natürlich auch zeitlich in der Lage sein, die Aufgaben zu bewältigen. Die nun benannten Freiwilligen müssen nun natürlich noch geschult und eingewiesen werden. Besonders wichtig sind natürlich Rechtskenntnisse (was darf ich und was darf ich nicht) sowie richtiges und überdachtes Verhalten in Gefahrensituationen. Nun sind noch Dienstpläne mit Zeiten und Schwerpunkttorten für die Streifengänge festzulegen. Dabei ist natürlich

darauf zu achten niemanden zeitlich zu überfordern und im Gedächtnis zu haben, dass es sich um Freiwillige handelt. Diese Freiwilligen sind natürlich, wie viele andere Ehrenamtliche, finanziell zu entschädigen. Das Geld dafür kann die Stadt aus dem Topf nehmen, aus welchem sie heute noch Graffiti-Kunst fördert. Dies alles zu organisieren, ist eine lösbare Aufgabe für unsere Stabstelle. Die Freiwilligen sorgen dann mit Taschenlampe und als Vierer- oder Fünferstreife dafür, dass den Schmierern ihr Lachen bald vergeht. Neue Graffiti werden protokolliert, erappte Schmierer, bis zum Eintreffen der Polizei, festgehalten bzw., wenn dies nicht gelingt, zu mindestens gestört und verjagt. Vielleicht kann ja noch ein brauchbares Foto geschossen werden und der Straftäter kann zudem noch von unseren Freiwilligen, als Augenzeugen, vor Gericht eindeutig identifiziert werden. Eines möchte ich aber noch klarstellen. Damit sich niemand angegriffen fühlt. Die Bürgerwehr ist keine Konkurrenz zur oder der Ausdruck des Versagens unserer Polizei. Ich meine, unsere Polizei leistet gute Arbeit und hat keinen ungerechtfertigten Tadel verdient. Die Bürgerwehr ist Ausdruck der Wut von Bürgern darüber, wie von einer kleinen Minderheit unsere Stadt immer mehr besudelt wird und sich an dieser Situation leider seit Jahren nichts geändert hat. Neulich konnte ich mich mit unserem neuen Beigeordneten für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit, Herrn Dr. Wiegand, kurz darüber unterhalten und er betrachtet die Bürgerwehr für sich als die letzte Möglichkeit, sozusagen die Ultima Ratio, mit dem Graffiti-Problem umzugehen. Zu mindestens kein nein. Das lässt hoffen. Vielleicht gelingt es ja auch dem neuen Beigeordneten, dem Problem mit anderen Mitteln Herr zu werden

und die Forderung nach einer Bürgerwehr erübrigt sich?

Kommentar zu Ministerpräsident Böhmers Überlegungen zur Linken

von Roland Hildebrandt

„Wenn demokratische Parteien nicht grundsätzlich koalitionsfähig sind, schaffen wir die Demokratie ab“. „Grundsätzlich“ ist in der Politik die schwammigste und überflüssigste Beschreibung, die es gibt, denn es bedeutet in der Politik wenig bis nichts. Wolfgang Böhmers (71) Aussagen über eine mögliche koalitionäre Zusammenarbeit zwischen unserer CDU und der Linkspartei auf Landesebene sind reine intellektuelle Spielereien. Neben kaum vorhandenen inhaltlichen Gemeinsamkeiten betreibt die SED-Nachnachfolgerpartei Geschichtsklitterung, vor allem eine immer dreistere Verschleierung persönlicher Verfehlungen hochrangiger Linksparteivertreter wie Gregor Gysi und dem Kleinreden 40jähriger Misswirtschaft. Von ihrem völlig enthemmten und unverantwortlichen Populismus mal ganz zu schweigen. Eine Koalition zwischen der Linken und der CDU muss an fehlenden Inhalten und den charakterlichen Mängeln der Linkspartei-Führung von vornherein scheitern.

Wenn Wolfgang Böhmer aber über den Zustand und die Verankerung der CDU in Ostdeutschland im Allgemeinen und in Sachsen-Anhalt im Besonderen sich ernsthaft Gedanken macht, sollte man dies sehr ernst nehmen, denn seine Kritik ins eigene parteiinterne Stammbuch ist angebracht. Die CDU muss die Volkspartei der Mitte bleiben. Sie muss die Lebenswirklichkeit und auch die emotionalen Befindlichkeiten ihrer Wähler kennen und selbst mit Überzeugungskraft leben können. Und da gibt es nun mal in Ostdeutschland eine historisch bekannte Besonderheit. Man kann natürlich mit westdeutsch geprägten moralischen Empörungs- und Belehrungsansichten den Ostdeutschen gegenüber treten. Was das Ergebnis dieser Methoden für die CDU in Ostdeutschland bedeutet, braucht man hoffentlich niemand mehr erklären: Man setzt nicht nur die Mehrheitsfähigkeit des bürgerlichen Lagers endgültig aufs Spiel, sondern auch die langfristige Existenz wird bedroht. Die CDU ist zur Bundestagswahl 2005 auf dem Gebiete Ostdeutschlands nur hauchdünn vor der Linken auf dem zweiten Platz gelandet; die Linke ist seit vielen Monaten konstant die stärkste politische Kraft in den Neuen Ländern bei der Sonntagsfrage.

Schlimm genug sind diese Zahlen allemal, aber wenn die Gegenstrategie darin besteht, die moralischen Vorhaltungen und den Hass auf die DDR und ihre Protagonisten zu verschärfen, wird die Gesamtsituation nur noch schlechter für uns. Dass so etwas in der Katastrophe enden kann, zeigen Ungarn und Polen. Dort haben Viktor Urban und die Kaczynski-Zwillinge mit ihrem radikalen Antikommunismus und fanatischen Abrechnungswillen mit den sozialistischen Alt-Kadern das konservativ-bürgerliche Lager in ihren Ländern zerlegt beziehungsweise gespalten und auf Jahrzehnte die Möglichkeit einer „Politik der Mitte“ zunichte gemacht. Viele Bürgerliche sind dort zu den konservativen Sozialdemokratien und den Liberalen übergelaufen.

Auch in der CDU gibt es solche Leute mit gleichen Bestrebungen. Sollten diese sich durchsetzen, war's das mit der CDU im Osten. Die Brandenburger CDU ist auf dem besten Wege dorthin. Es wird keine – leider – wie auch immer geartete Abrechnung mit der DDR á la „68“ geben. Die moralistische Entrüstung der 68er-Jugend wäre ohne Wirtschaftswunder nicht denkbar gewesen. Keiner der angeprangerten 68er-Vätergeneration hätte mit sich auch nur diskutieren lassen, wenn er 1968 noch in der gleichen sozialen Situation wie 1948 sich befunden hätte. Ein solches Wirtschaftswunder hat es in Ostdeutschland nicht gegeben und davon zehrt die Linke. Deshalb ist ihr mit einer diesmal von bürgerlicher Seite gewollten moralischen Entrüstung nicht beizukommen, weil uns dafür die knallharten makroökonomischen Ergebnisse fehlen, auch wenn

unwiderrprochen eine freiheitlich-bürgerliche Politik dauerhaft die besseren Ergebnisse zeichnet. Überzeugungen sind das eine, Wählerstimmen das andere. Die CDU kann auch in Zukunft wieder an alte Wahlergebnisse in den neuen Ländern anknüpfen, aber nur wenn sie bereit ist, im Osten gesonderte Antworten zu geben. Die Beschlüsse des CDU-Präsidiums vom 30. Juni 2008 in Halle sind dafür ein richtiges Zeichen. Mit der Entstehung einer gesamtdeutschen Linken verliert die Linke ihr selbsternanntes Alleinstellungsmerkmal der Vertretung ostdeutscher Interessen. Diese neuen offenen Flanken muss man dann aber auch gewillt sein zu nutzen und das liegt ganz bei uns. Wir müssen uns entscheiden, entweder ideologische Gemütskühlung oder eine maßgeschneiderte Politik, die der CDU im Osten dafür die Mehrheit sichern kann. Der Osten wird auch noch für eine unabsehbare Zeit anders sein und je mehr wir das akzeptieren, desto besser sind wir in der Lage, angemessene Antworten für die Menschen hier zu geben und entsprechend mit Wahlergebnissen belohnt zu werden.

CDA-Arbeitnehmerkonferenz

Mit Karl-Josef Laumann, Bundesvorsitzender der CDA und Arbeitsminister in Nordrhein-Westfalen, waren zahlreiche Prominente zur mitteldeutschen Arbeitnehmerkonferenz nach Halle gekommen. In seiner kämpferischen Rede unterstrich Laumann die Bedeutung der **sozialen** Marktwirtschaft, die es neu zu justieren gelte. Arbeitnehmerrechte und Sozialstandards seien Grundvoraussetzung für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Die CDU muss dieses in Ihrer Programmatik noch stärker

verinnerlichen, um Arbeitnehmer für sich zu gewinnen, so Laumann. Er kündigte eine Fortsetzung der Tagung im nächsten Jahr in Halle an.

Rollenbild der Frau im Wandel

von Petra Tomczyk-Radji – (FU-Vorsitzende Halle/Saal(e)kreis)

Mit dem „Selbstverständnis als Frau und deren Rolle in der Gesellschaft“ hatte sich die Frauen Union Halle/Saal(e)kreis bei ihrer Mitgliederversammlung keine leichte Kost auf die Fahnen geschrieben. Da die Veranstaltung zwischen zwei (aus frauenpolitischer Sicht) denkwürdigen Terminen lag – dem 8. März, an dem alljährlich an die Er kämpfung des Frauenwahlrechts erinnert wird und dem Muttertag, dessen archaische Symbolkraft keiner Kommentierung bedarf – war somit bereits pro forma der Spannungsbogen aufgezeigt, in dem das Thema anzusiedeln ist.

Die Frauen von der Saale hatten sich für ihre Veranstaltung mit der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Halle, Frau Susanne Wildner, eine Fachfrau an die Seite geholt, die aus beruflichem und persönlichem Erleben Bildhaftes beizusteuern wusste. „Als ich nach der so genannten Wende anfang, in Halle den Fachbereich Gleichstellung aufzubauen, wusste ich zunächst noch nicht, was mich erwartete. Doch schnell war klar, dass von dem wirtschaftlichen Zusammenbruch die Frauen meist zuerst betroffen waren. Damit entstand nicht nur finanzieller Verlust“, führte Frau Wildner aus. Die ehemalige Diplompädagogin weiß, wovon sie spricht, wenn sie auf hoch qualifizierte und selbstbewusste DDR-Frauen verweist.

Nach Orientierungsphasen in den 90er Jahren haben sich mit dem Jahrtausendwechsel neue Denkmuster Raum verschafft, die neben dem Rollenbild der selbstbestimmt handelnden Frau die Familie wieder stärker in den Mittelpunkt rücken. Damit nimmt nunmehr Gestalt an, was Unionsfrauen seit ihrer Gründung 1990 im Osten gefordert hatten: „Selbstverwirklichung der Frauen ja, aber nicht nach Vorschrift, sondern nach eigener Intention und Möglichkeit“. Das waren und sind Modelle, wie die Frau in der Rolle als Hausfrau und Mutter, als Selbständige oder Managerin, als Alleinerziehende oder als die Elternzeit mit dem Partner Teilende. Wichtig ist für Unionsfrauen stets die Wahlmöglichkeit, für die der Gesetzgeber die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen hat. Einiges ist dafür dank einer umtriebigen Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen, aber auch dank einer Vorreiterin wie der FU-Ehrenvorsitzenden Rita Süßmuth – von Angela Merkel mal ganz abgesehen - bereits getan worden. Dennoch sehen sich die Frauen stets besonderen Herausforderungen gegenüber. Schließlich gilt es, persönliche und Familieninteressen mit gesellschaftlichen Erfordernissen unter einen Hut zu bekommen. Die Rede ist vom demografischen Faktor, der Überalterung, dem fehlenden Nachwuchs und damit ausbleibenden Rentenzahler(n)/innen.

Unverhofft landeten die Unions-Frauen somit bei dem im November verabschiedeten CDU-Parteiprogramm, in dem Bundeskanzlerin Angela Merkel den Familienbegriff folgendermaßen prägte: „Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen.“ Allein der Familienrahmen reicht den Frauen nicht. Sie fordern gesellschaftliche Teilhabe ein, wollen Positionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft u n d eine Familie haben. Über die Komplexität dieses Anspruchs und seiner Umsetzung wird weiterhin zu diskutieren sein.

Einen schönen Sommer wünscht Ihnen

Ihre

PROFIL-Redaktion

CDU gedenkt Widerstandskämpfern

Anlässlich des Jahrestages des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 gedenkt die CDU Deutschlands aller Frauen und Männer, die Widerstand gegen den Nationalsozialismus leisteten. Wir verneigen uns vor ihnen angesichts der Opfer, die sie gebracht haben.

Mit dem gescheiterten Attentat auf Hitler steht Claus Schenk Graf von Stauffenberg symbolisch für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. In mutiger Art und Weise setzten sich Stauffenberg und seine Mitstreiter am 20. Juli 1944 für ihre Vorstellungen eines besseren Deutschlands ein. Sie bezahlten für ihre Überzeugungen mit ihrem Leben.

Die Erfahrungen und die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur sind fester Bestandteil des geistigen Fundaments, auf dem die CDU Deutschlands gegründet wurde. Für die Bundesrepublik Deutschland wurde der Widerstand gegen den Nationalsozialismus einer der wichtigsten Bezugspunkte. Der Jahrestag des Attentats gehört zu den herausragend wichtigen Tagen in der deutschen Geschichte. Die CDU tritt nachdrücklich dafür ein, die Erinnerung an das Attentat des 20. Juli 1944 und an das Vermächtnis des Widerstandes gegen Hitler wach und in Ehren zu halten.

CDU-Bundespräsidium in Halle

Das Händelhaus war am 30. Juni Gastgeber des CDU-Bundespräsidiums. Zum Thema „Aufbau Ost“ wurde ein 18seitiges Thesenpapier verabschiedet. Kernaussage der 10 Punkte, die von Bildung bis

Verkehr reichen, ist die Botschaft, der Linkspartei und ihrem Alleinvertretungsanspruch für ost-deutsche Interessen konsequent entgegenzutreten. Angesichts der Umfragewerte ein dringend notwendiges Unterfangen. PROFIL wird in der nächsten Ausgabe näher berichten.

Leider war für die Basis der CDU Halle keine Möglichkeit des Dialogs vorgesehen, trotz intensiver Bemühungen. Das ist so unverständlich wie bedauerlich.

Näheres zum Thesenpapier unter www.cdu.de oder in der Kreisgeschäftsstelle.

Meinung

Frauen an die Macht? – Ja, aber...

von Petra Tomczyk-Radji

Wir haben es ja schon immer gewusst: Frauen sind komplexe Wesen. Studium, Kindererziehung, Selbstverwirklichung – was in Vor-(Wende)zeiten möglich war, muss doch nun erst recht zu schaffen sein, schließlich stehen heutzutage mehr Freiheiten zur Verfügung, oder? Aber die Verherrlichung der „Frau im Sozialismus“ mit der „Ausbeutung ihrer Ware Arbeitskraft“ wäre ebenso Augenauswischerei wie ein ausschließliches Bejubeln der Möglichkeit, Männer unter Ausnutzung der Gesetze nunmehr zum Windelwechseln abkommandieren zu können. Wer das wollte, hat es schon immer getan. Frauen hatten hierbei von jeher ihren mütterlichen Versorgungsauftrag zu erfüllen.

Wie sieht es nun aus, das Rollenbild der Frau im 21. Jahrhundert? Haben unsere Großmütter noch von Kriegserlebnissen und dem Aufbau des Staates berichtet, waren es im Osten des geteilten Deutschland zunehmend in Betrieben und der verstaatlichten Landwirtschaft arbeitende Frauen, die sich nicht nur denkend und handelnd einbrachten, sondern gleichzeitig einen Anspruch auf Selbstverwirklichung entwickelten. Kaum eine Frau ist bis heute bereit, darauf je wieder zu verzichten. Warum auch? Frauen wollen Teilhabe – und das auf allen Ebenen!

Bereits im Schulumfeld übernehmen Mädchen Verantwortung und setzen dies im Studium fort. Bei der Berufswahl liegen die „typischen Frauenberufe“ wie Frisörin oder Floristin längst nicht überall im Trend. Schlechte Bezahlung und gesundheitliche Schädigung könnten ein Kalkül sein, die Suche nach neuen Herausforderungen ein anderes. Mit steigender Karriereleiter nimmt allerdings die Präsenz der Frauen ab.

So sehr es die Unionsfrauen mit Stolz und Freude erfüllt, dass an der Spitze des Staates Bundeskanzlerin Angela Merkel steht und jüngst in Dresden nach Frankfurt/Main erneut eine Frau zur Oberbürgermeisterin gekürt wurde, darf es nicht zufriedenstellen, dass beispielsweise in Sachsen-Anhalt lediglich eine CDU-Ministerin regiert oder in Halles Stadtparlament zwei von 14 CDU-Stadträten Frauen sind.

Gefragt ist hier in erster Linie die Basis der Frauen-Union, weitere Mandats- und Funktionsträgerinnen aufzubauen. Mit entsprechender Programmatik und Aufgeschlossenheit erschließt sich die Frauen Union Halle/Saal(e)kreis gerade schrittweise neues Umfeld. Frauen mit schulpflichtigen Kindern gehören ebenso dazu wie langjährige Skeptikerinnen, deren Neugier es zu wecken gilt. Vertrauend auf bewährte Mitstreiterinnen der ersten Stunde, die generationsübergreifend agieren, mit Rat und Tat zur Seite stehen und auch gern Betreuerinnenfunktion für andere Mütter übernehmen, gehen die Unionsfrauen Herausforderungen aktiv an.

Dass in Fragen politischer Mitwirkung Männer partnerschaftlich anzusprechen sind, gehört an der Basis zum Selbstverständnis. Dem Aufruf

„Frauen an die Macht!“ stellen Protagonistinnen gern ein „Wenn ich es will und mein Mann einverstanden ist“ gegenüber. Darauf lässt sich doch aufbauen! Finde ich jedenfalls.